



## Blaðgrein úr the Neue Zeitung

---

Bjarni Benediktsson – Stjórnmal – Dómsmálaráðherra – Utanríkisráðherra – Blaðgrein – Neue Zeitung – Lúðvíg Guðmundsson - 1953

## Tekið af vef Borgarskjalasafnsins

---

[bjarnibenediktsson.is](http://bjarnibenediktsson.is)

Einkaskjalasafn nr. 360

Stjórnmalamaðurinn

Askja 2-14, Örk 8

©Borgarskjalasafn Reykjavíkur

4/5. Juli 1953

# Bürgerlicher Sieg bei den isländischen Wahlen

## Wahlergebnis bedeutet Fortführung der bisherigen Außenpolitik

Von unserem Korrespondenten E. M. Salzer

Stockholm, im Juli. — Am Rande des großen Weltgeschehens, wenig beachtet außerhalb der Grenzen der skandinavischen Nachbarländer, hat Island am 28. Juni sein neues Parlament gewählt. Die politischen Ereignisse auf dieser nördlichen Insel, die ein wichtiges Glied in der Kette der Verteidigungslinien der Atlantikpaktstaaten bildet, verdienten schon wegen der hohen strategischen Bedeutung dieses vorgeschobenen Stützpunktes größere Aufmerksamkeit. Obwohl nur von knapp 160000 Menschen bevölkert, ist Island schließlich, nach Grönland und Großbritannien, die größte Insel (40 000 Quadratmeilen) im Atlantik, sein Volk gehört zu den aufrichtigsten Vorkämpfern der westlichen Freiheit und hat die Personalunion mit Dänemark 1944, im Dienste der Alliierten, aufgegeben und sich zur selbständigen Republik erklärt. Islands Außenhandel ist — per Kopf — größer als der irgendeines anderen Landes der Welt, seine besten Kunden und Lieferanten sind die OEEC-Länder und seit der Absatz in England schwieriger geworden war, vor allem Westdeutschland, das heute den größten Teil der isländischen Fischproduktion abnimmt.

Das Althing — das isländische Parlament — 930 gegründet, ist heute als das älteste Parlament der Welt anerkannt. Island ist einer der ältesten unabhängigen Staaten Europas und hat eine eigenartige und ausgeprägte Kultur, die heute noch sorgsam gepflegt wird. Das Island hat die modernsten Städte errichtet und mit 13 Autos je 100 Einwohnern das „motorisierteste“ Land Europas. Die regierende bürgerliche Koalition der unabhängigen (konservativen und fortschrittlichen (liberal) Parteien hat bei diesen Parlamentswahlen am letzten Sonntag mit 37 von den 52 Sitzen ihre Über-

diese Wahlen ein überzeugender Sieg der Konservativen, die ihren Regierungspartnern zwei Mandate abgewinnen konnten und nunmehr mit 21 Abgeordneten die weitaus stärkste Partei im Althing sind. Die Sozialdemokraten behielten ihre sechs Mandate, die Kommunisten verloren aber zwei und haben nunmehr nur noch sieben Sitze im Parlament, während eine neue linksradikale Splitterpartei, die „Volkswehrpartei“, dort zum ersten Male mit zwei Abgeordneten vertreten ist. Die im Vorjahre gebildete konservative Splitterpartei der Republikaner konnte kein Mandat erhalten.

Eine Analyse des Wahlergebnisses zeigt, daß die gegenwärtige Regierung, die bisher unter Führung des Liberalen S. Steinthorssen stand, im Amt bleiben wird, deutet aber auf gewisse Verschiebungen in der Zusammensetzung des Kabinetts hin. Nach ihrem Wahlsieg dürften die Konservativen die Betrauung ihres Parteiführers Bjarni Benediktsson (des gegenwärtigen Außen- und Justizministers) mit der Regierungsführung fordern. Gegenwärtig sind die sechs Kabinettsposten (mit 9 Ministerportfolios) gleichmäßig unter den Koalitionsparteien aufgeteilt und im Interesse der weiterbestehenden Einheit dürfte dies auch weiterhin beibehalten werden. Björn Olafsson (Unabhängige Partei) dürfte weiter die Handels- und Unterrichtsministerien verwalten, möglicherweise wird aber das Finanzministerium, das bisher unter der Leitung des Liberalen Eysteinn Jónsson stand, in konservative Hände übergehen. Eine überragende Persönlichkeit, einen „starken Mann“, gibt es in der isländischen Regierung aber kaum, obgleich Steinthorssen als der tüchtigste Staatsmann anerkannt ist.

Der Wahlkampf stand vor allem im Zeichen einer heftigen Opposition der Kommunisten und jener Neutralisten, die sich in der Volkswehrpar-

tei zusammengeschart hatten, gegen den weiteren Ausbau der amerikanischen Flug- und Flottenstützpunkte. Im Herbst standen die Kommunisten in ihrem Widerstand gegen die Verlegung amerikanischer Truppen auf Island einsam gegen alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten, die sich der Außenpolitik der bürgerlichen Koalitionsregierung anschließen. Die Volkswehrpartei wurde nun speziell zu dem Zwecke ins Leben gerufen, auch anderen Gegnern der Basenpolitik ein Forum zu geben. Unter neutralistischem Deckmantel und aus den gelegentlichen Unstimmigkeiten im Verkehr mit den Amerikanern Nutzen schlagend, gelang es ihr, eine beträchtliche Anzahl Stimmen aus linksgerichteten Kreisen zu erhalten. Aber nur zwei der dreißig aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Die Wahlergebnisse zeigten jedenfalls, daß die Kommunisten an Einfluß eingebüßt haben und daß die übrigen Opponenten der NATO-Politik vor allem aus rein egoistischen und persönlichen, weniger aus politischen Erwägungen gehandelt haben, die Regierung jedoch innen- und außenpolitisch ein volles Vertrauensvotum erhalten konnte.

Das bedeutet eine Weiterführung der progressiven Ausbaupolitik, die durch Anlegung neuer Kraftanlagen, vor allem der Auswertung der gewaltigen Energievorräte der brodelnd heißen Geiser, jener heißen Quellen, die heute schon die meisten isländischen Städte mit Heizung und Warmwasser versehen, eine stabile Preispolitik und Absorbierung der durch den Ausfall des britischen Fischmarktes verursachten Arbeitslosen in öffentlichen Projekten. Es bedeutet auch die Fortführung der positiven Außenpolitik, die durch Islands Beitrag zur Verteidigung des Westens, seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, im Europarat, im Nordischen Rat, und in der Nordatlantischen Gemeinschaft gekennzeichnet ist. Island, zum Unterschied von den übrigen nordischen Ländern, ist keineswegs ein „Wohlfahrtsstaat“, obgleich der Lebensstandard beträchtlich höher als in vielen anderen europäischen Ländern ist. Man legt aber besonderes Augenmerk auf den persönlichen Beitrag des einzelnen und versucht einen großen Teil der zur Erhaltung des sozialen Fürsorgeapparates notwendigen Mittel weniger aus hohen Steuern als aus gestuften Beiträgen der Unternehmer und Arbeiter zu erhalten. Ein interessanter Einschlag ist etwa die „Urlaubsmarke“, die auch Saisonarbeitern, die nicht einen regelmäßigen Verdienst haben, den zweiwöchigen bezahlten Minimalurlaub gewährleisten soll. Die Arbeitgeber müssen den Saisonarbeitern eine Zulage im Werte von rund 4 v. H. des Lohnes in Form von speziellen Marken ausbezahlen, die von den Postämtern nur in der Urlaubszeit eingelöst werden. Die vorbildlichen Krankenhäuser und Kinderspitäler haben zu einer Verminderung der Kindersterblichkeit beigetragen, so daß Island heute einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs verzeichnen kann, da zugleich auch die vor 20 Jahren noch herrschende Tuberkuloseepidemie bedeutend eingedämmt werden konnte. Island ist ein kleiner, jedoch ungemein lebenskräftiger Staat, ein verlässlicher Vorposten der Demokratie im hohen Norden, wie es auch diese Althingwahlen mit ihrer überzeugenden Zustimmung für die Regierungspolitik erwiesen haben.



LÚÐVÍG GUÐMUNDSSON

FORSTÖÐUMAÐUR

HANDÍÐA- OG MYNDLISTASKÓLANS

REYKJAVÍK - ÍSLAND

Bjarni Bened.  
dóttir v.h.

Heiðri Bjarni:

Grei til fötuleika sendi og  
þú þann grein in „Die Neue  
Zeitung“, Hamburg, sem mig  
berst í júl. st. þinn. h. h.